Nr. 33 48. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 25. Januar 1919

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Verfassungskonferenz der Einzelstaaten.

Im Reichsamt des Innern begann heute vormittag die Konferenz der deutschen Freistaaten, die sich mit dem Verfassungsentwurf, den Staatssekretär Dr. Preuß ausgearbeitet hat, zu beschäftigen hatte. Fast sämtliche deutsche Staaten hatten zu der Konferenz Vertreter entsandt, so daß sich etwa hundert Herren daran beteiligten. Die Reichsregierung war vollzählig erschienen; auch der Zentralrat war durch mehrere Mitglieder vertreten. Unter den Anwesenden bemerkte man den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und seinen Finanzminister Professor Jaffé, Heine aus Anhalt, Bürgermeister Dr. Feling aus Lübeck, Dr. Gradnauer aus Sachsen und den badischen Justizminister. Den Vorsitz in der Sitzung führte der Volksbeauftragte **Ebert.**

Zur Diskussion stand allein der Verfassungsentwurf. Die Konferenz begann mit einem ausführlichen Referat des Staatssekretärs des Innern **Dr. Preuß,** der im großen und ganzen den Inhalt der Denkschrift, die er dem Entwurf beigegeben hat, wiedergab. Dr. Preuß beschränkte sich in seinen Ausführungen auf den ersten Teil des Entwurfs: „Das Reich und die deutschen Freistaaten". Er suchte darzulegen, daß die Aufteilung des großen Staatskörpers Preußen und

die Zusammenlegung der kleinen Staatensplitter

zu großen Gebieten unbedingt erforderlich sei. Die Hegemonie Preußens in Deutschland sei nichts weiter als ein monarchisches Gebilde, an dessen Aufrechterhaltung nur diejenigen ein Interesse hätten, die das alte königliche Preußen aufrechterhalten wollten. Alle diejenigen, welche sich auf den Boden einer deutschen Republik stellten, könnten ein Interesse an dem Weiterbestehen dieses alten Preußen nicht haben. Es sei, wie zugegeben werden müsse, ungünstig gewesen, daß der Verfassungsentwurf gerade in der Wahlwoche der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht worden sei. Das sei aber nicht anders möglich gewesen. Aus dieser Tatsache resultierten aber meist die schiefen Betrachtungen gegenüber dem Entwurf. Daß die konservativen Parteien diese Situation ausgenutzt hätten, sei zu verstehen; daß aber auch die Demokraten in die Falle gegangen seien, sei nicht gerade ein besonders großer Befähigungsnachweis. Auch die Demokraten schienen von den Folgen des Wahlkampfes ergriffen zu sein.

Nach Staatssekretär Dr. Preuß nahm der bayerische Ministerpräsident **Kurt Eisner** das Wort zur Geschäftsordnung. Er brachte den

Entwurf eines Notgesetzes

ein und stellte ihn zur Diskussion. Durch seinen Antrag, den er im Namen sämtlicher süddeutschen Staaten und auch im Namen Sachsens und Hessens stellte, wollte Eisner die Diskussion über den Entwurf des Staatssekretärs Preuß überflüssig machen. Der Entwurf, den Eisner einbrachte, stellt lediglich ein kurzes Rahmengesetz dar, das durch Einzelgesetze ergänzt werden müßte.

Volksbeauftragter **Ebert** wies den Versuch Eisners, die Diskussion über den preußischen Entwurf durch seinen Antrag unmöglich zu machen, energisch zurück. Der Antrag Eisner bedeute eine Präjudizierung der Nationalversammlung. Das könne aber unter keinen Umständen zugelassen werden. Es könne natürlich auch über den Entwurf Eisners diskutiert werden, aber einen Beschluß, ob dieser oder jener Entwurf angenommen werde, könne die heutige Versammlung nicht fassen.

Auf die Erklärung Eisners, daß er im Namen aller süddeutschen Staaten und auch im Namen von Sachsen und Hessen spreche, erklärten Dr. **Gradnauer** für Sachsen und ein württembergischer Vertreter, daß sie ihre Zustimmung zu dem Antrag nicht so aufgefaßt hätten, daß die Diskussion über den Entwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß ausgeschaltet werden solle. Sie hätten sich dem Vorschlag Eisners nur für den Fall angeschlossen, daß sich die Diskussion über den Preußischen Entwurf als von vornherein sinn- und zwecklos erweisen sollte.

Darauf wurde

die Erörterung über den Entwurf Preuß fortgesetzt.

Der preußische Minister **Hirsch** sprach sich im Namen des preußischen Ministeriums gegen den Entwurf aus. Er stehe dem Gedanken eines Einheitsstaats sympathisch gegenüber. Er verstehe auch die Tendenz einer Umgruppierung; er verstehe aber nicht, weshalb Preußen vor allem zugunsten der süddeutschen Staaten benachteiligt werden solle.

Wolfgang Heine-Anhalt sprach sich in scharfen Ausführungen gegen die Zerstückelung Preußens aus. Mit der Idee der Aufteilung Preußens sei ein Zankapfel unnötigerweise in das deutsche Volk geworfen worden. Die Idee sei eine Idee des grünen Tisches, die niemals im Volk Verständnis finden werde.

Bei Schluß des Blattes dauerte die Konferenz fort.

Die badische Verfassung.

Beschlüsse der Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

c. Karlsruhe, 25. Januar.

Der Verfassungsausschuß der badischen Nationalversammlung beschloß gestern, daß Baden seine militärischen Angelegenheiten selbständig im Rahmen der Reichsgesetze regeln werde. Bezüglich der Gesetzgebung, des Gerichts und der Vollziehungsgewalt wurde beschlossen, daß die Vollziehung ausgeübt wird nach der Verfassung durch das Volk, durch den Landtag und durch das von diesem berufene Staatsministerium.

Der Umbau Preußens.

Zu den preußischen Nationalwahlen.

Von **Erich Dombrowski.** [Nachdruck verboten.]

Die Demokraten der Revolution vom Jahre 1848 träumten von einem großdeutschen Reich. Bismarck, der preußische Junker, hatte nur Hohn und Spott dafür, und in den reaktionären Kreisen hieß es: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten." Bismarck, der als preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt das österreichische Uebergewicht immer hatte am eigenen Leibe fühlen müssen, wollte ein großes, starkes Preußen, und durch Blut und Eisen erreichte er sein Ziel. Oesterreich wurde aus dem deutschen Bunde ausgeschieden, Preußen wurde territorial nach allen Seiten hin abgerundet, und Bismarck schuf schließlich ein verpreußtes deutsches Reich. Diese preußische, das heißt junkerlich-reaktionäre Vormachtstellung Preußens in Deutschland die in langen Jahrzehnten alles getan hat, um uns in der ganzen Welt möglichst unbeliebt zu machen, hat auch die Kriegskatastrophe mit all ihren, noch unabsehbaren unheilvollen Folgen auf dem Gewissen. Die Novemberrevolution hat einen Strich unter diese Vergangenheit Preußens gemacht und eine neue Seite preußischer Geschichte aufgeschlagen. Die morgen stattfindenden Wahlen zur preußischen Nationalversammlung rufen nun die gesamte Bevölkerung auf, um durch ihre Stimmen zu entscheiden, wie dieses neue Blatt politisch beschrieben werden soll. Ehe man seinen Stimmzettel abgibt muß man sich indessen darüber klar werden, um welche Probleme es sich dabei handelt.

Da ist zunächst die großdeutsche Frage. Heute stehen wir endlich, nach siebzig Jahren, vor der Erfüllung jener demokratischen Hoffnungen von einst. Es soll ein großes, einiges Deutsches Reich von Memel bis Innsbruck, von Berlin bis Wien geben. Der deutsche Dualismus soll ausgelöscht werden, die Rivalität, der Ehrgeiz, an der Spree mehr wert zu sein und mehr scheinen zu können als an der Donau. Aufhören muß aber auch alles, was sich, in vielfacher Strahlenbrechung, unterhalb dieses Dualismus von gestern bewegt: der Partikularismus der einzelnen Bundesstaaten. Es hat jedoch fast den Anschein, als ob er heute noch stärker ist als vordem unter dem alten Regime. Das darf nicht sein. Denn so kommen wir nicht weiter. Alle werden sie einige partikularistische Pflöcke zurückstecken müssen: die Bayern, die Sachsen, die Badener und nicht zuletzt die Preußen, wenn es an den Neubau des Deutschen Reiches geht. Heute, wo wir um unsere Existenz nach innen und nach außen ringen, gibt es nur die eine Frage: Wie richten wir uns am schnellsten und billigsten ein? Uns geht es wie einem Pärchen, das eine Notehe eingehen muß. Die Geschichte ist nun mal passiert, und daher muß rasch und doch solide ein Heim hergerichtet werden. Die Ueberwindung des Partikularismus ist in erster Linie eine organisatorische Frage. Solange wir keinen deutschen Einheitsstaat haben, und die Zeit scheint dazu heute noch nicht reif zu sein, müssen wir die vielfachen bundesstaatlichen Sonderinteressen auszubalancieren versuchen; das betrifft vor allem die Finanzen, die Rechtspflege und die Eisenbahnen. Auf diesen drei Gebieten werden alle Einzelstaaten weitere Zugeständnisse an das Reich im Interesse der Gesamtheit machen müssen. Die eigentlichen Kulturfragen, in denen die Stammeseigentümlichkeiten nach immer neuen Ausdrucksformen suchen, werden dagegen, vorerst wenigstens, Sache der Einzelstaaten bleiben müssen. Wenn aber das Reich noch mehr Kompetenzen bekommt als bisher, werden die einzelnen Gliedstaaten darauf verzichten müssen, innerhalb dieses Rahmens den Machtstandpunkt geltend zu machen. Mit anderen Worten, es geht künftig nicht mehr an, daß Preußen durch ein einseitiges Stimmenübergewicht andere, kleinere Bundesstaaten an die Wand drückt, bis sie quietschen, wie es zum Beispiel seinerzeit bei den Schiffahrtsabgaben geschah. Wenn in der neuen Reichsverfassung gegen derartige Möglichkeiten Kautelen geschaffen werden, ist die Frage von untergeordneter Bedeutung, ob es besser sei, Preußen in mehrere Einzelstaaten zu zerlegen. Man darf nicht übersehen, daß ein solcher Zerlegungsprozeß schwere Gefahren in sich birgt. Macht man, um nur einige Möglichkeiten zu nennen, etwa die Randprovinzen: Ostpreußen, Schlesien, Rheinland-Westfalen, selbständig so liefert man sie leicht ausländischen, polnischen oder französischen Einflüssen aus, nachdem man sie aus dem festen preußischen Gesamtorganismus losgelöst und auch ihr Wirtschaftsleben bis zu einem gewissen Grade isoliert hat. Kurz, wir müssen uns hüten, durch eine neue Kleinstaaterei die alten unseligen Zustände aus der Zeit vor 1830, vor dem deutschen Zollverein, wieder heraufzubeschwören. Die Ueberwindung des Partikularismus führt nicht über die Leiche Preußens, sondern über die Zusammenlegung all der Kleinstaaten, die erst in ihrer Gesamtheit eine gewisse kulturelle, wirtschaftliche und politische Einheit bilden. Wir denken dabei insbesondere an das unhaltbare mitteldeutsche Kleinstaatengemisch.

Wie soll nun, zum zweiten, das neue Preußen innen aussehen? Bisher war es großagrarisch-militaristisch mit einem leichten, liberalen Puderguß. Künftig soll es demokratisch sein. Was heißt das?

Der Obrigkeits- und Untertanenstaat soll ein überwundener Standpunkt sein. Der preußische Staat soll hinfort nur sein die Organisation des gesamten Volkes. Es soll nicht mehr von

Die Verhandlungen mit den Polen.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern des polnischen Volkrats haben, wie wir hören, gestern noch nicht begonnen. Die Regierung hat dem Vernehmen nach die Polen wissen lassen, daß sie von Montag ab zu Verhandlungen bereit sei. Die Besprechungen dürften daher erst am Montag beginnen.

Bromberg, 25. Januar. **Amtlich.** (W. T. B.)

Bandenansammlungen in Mittendorf, Eichhorst und Brühlsdorf wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Patrouillen brachten eine Anzahl Gefangene ein. Die polnischen Banden intervieren die friedlichen deutschen Bewohner von Schmiedeberg und Umgegend.

Einmalige Teuerungszulage für Hinterbliebene von Militärpersonen.

Im Februar der 1½fache Monatsbetrag.

Vor kurzem haben die Militärrentenempfänger eine einmalige Teuerungszulage erhalten. Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen eine solche Teuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar dieses Jahres zustehenden gesetzlichen Versorgungsgebührnisse, Zuschläge zur Kriegsversorgung, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterstützungen statt des einfachen Monatsbetrages der 1½fache Monatsbetrag ausgezahlt werden wird. Zu den vorbezeichneten Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen (Witwen, Waisen, Eltern, Stiefkinder, Stiefeltern uneheliche Kinder usw.), denen auf Grund des Militärversorgungsgesetzes oder besonderer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus Militärfonds zusteht.

Die Eroberung Montenegros durch die Serben.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Genf, 24. Januar.

Wie der „Temps" aus Antivari berichtet, verschlimmert sich die Lage in Montenegro immer mehr. Die Bemühungen der serbischen Truppen, durch Waffengewalt die montenegrinische Bevölkerung zur Anerkennung der Annexion Montenegros durch die Serben zu zwingen, haben keinen Erfolg. Die Kämpfe zwischen den Serben und Montenegrinern in Cetinje sollen blutiger gewesen sein, als man aus den ersten Berichten schließen konnte. Die Kämpfe setzten sich in den letzten Tagen bei Podgorica fort und forderten blutige Opfer. Im ganzen Lande herrscht großes Elend. Die Serben erschießen jeden, der sich weigert, zugunsten der Serben die Waffen zu ergreifen.

Die mobilen Streitkräfte der Entente.

Einsetzung eines interalliierten Ausschusses.

Paris, 25. Januar. (Havas.)

Der interalliierte Kriegsrat hat die Ernennung eines interalliierten Ausschusses beschlossen, der festsetzen soll, wieviel Streitkräfte ein mobilem Zustande zu verbleiben haben.

Die innerpolitischen Kämpfe in der Türkei.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Genf, 24. Januar.

Der „Temps" berichtet aus Konstantinopel, daß die Kämpfe zwischen der neuen Regierung und den Mitgliedern des Komitees für Freiheit und Fortschritt seit zwei Monaten andauern. Der Widerstand der Komiteemitglieder werde von Konstantinopel aus geleitet, wo sich Talaat und Enver Pascha verborgen halten sollen. Die alte Armee sei zwar aufgelöst, doch habe man die Neuwahlen, die am 15. Januar angesetzt waren, verschoben, da man ein ungünstiges Ergebnis befürchtete. Gerichtliche Maßnahmen gegen die Komiteemitglieder seien nicht durchführbar, da die Beamten für diesen Fall mit ihrem Rücktritt drohen, wie es selbst der Minister des Innern getan hat. Bezüglich der Lage in Konstantinopel wird gesagt, sie sei besorgniserregend, so daß man Maßnahmen zum Schutze der diplomatischen Vertretungen treffe. Die Gendarmerie soll französischen Instrukteuren anvertraut werden. Der „Temps" fordert schließlich die Internationalisierung Konstantinopels und der Meerengen.

Die Monarchie in Lissabon ausgerufen?

Madrid, 23. Januar. (Reuter.)

Nach einem Telegramm aus Lissabon ist am 23. nachmittags in Valencia die Nachricht eingetroffen, daß in Lissabon die Monarchie ausgerufen wurde.